

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

(43. Sitzung am 23. Mai 2019)

Beratungsthemen:

Öffentlicher Sitzungsteil

1. a) **Fortsetzung der Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand der Aufklärung der Fälle des Kindesmissbrauchs in Lügde**

- b) **Lügde darf sich nicht wiederholen - Kinderschutzkommission einrichten**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/3643](#)

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung durch die Landesregierung zu a) entgegen und führte darüber- zum Teil in nicht öffentlicher Sitzung - eine Aussprache. Er bat die Landesregierung, die Unterrichtung in einer der nächsten Sitzungen auch unter Beteiligung des Innenministeriums und des Justizministeriums fortzusetzen.

Zu dem Antrag zu b) kam der Ausschuss überein, am 29. August 2019 eine ganztägige mündliche Anhörung durchzuführen und bis zum Juni-Plenarsitzungsabschnitt den Kreis der Anzuhörenden interfraktionell festzulegen.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Niedersachsen**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/3742](#)

hier: Vorstellung des Gesetzentwurfes, Verfahrensfragen, Vorbereitung einer Anhörung

Der Ausschuss nahm die Vorstellung des Gesetzentwurfs entgegen und führte darüber eine Aussprache. Der Ausschuss kam überein, in der Sitzung am 13. Juni 2019 eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen.

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Zukunftsinvestitionen und Zukunftsvorsorge**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/3476](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung des Gesetzentwurfs durch. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der Grünen - bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion und der AfD-Fraktion - nahm der Ausschuss den Gesetzentwurf zustimmend zur Kenntnis. Als Stellungnahme soll dem federführenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen ein Auszug aus der Niederschrift zu diesem Tagesordnungspunkt zugeleitet werden.

4. **Die Hälfte der Macht den Frauen! - Enquete-Kommission für ein niedersächsisches Parité-Gesetz**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/3244](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung des Antrags durch und kam überein, dem federführenden Ältestenrat als Stellungnahme einen Auszug aus der Niederschrift zu diesem Tagesordnungspunkt zuzuleiten.

5. **Vom Eichenprozessionsspinner Betroffene finanziell unterstützen - Versprechungen einhalten**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/3225](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung des Antrags durch. Er brachte zum Ausdruck, dass er die Zielrichtung des Antrags, den Befall mit Eichenprozessionsspinnern sowie die damit verbundenen gesundheitlichen Beeinträchtigungen zu vermeiden, unterstütze, und kam überein, dem federführenden Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz als Stellungnahme einen Auszug aus der Niederschrift zu diesem Tagesordnungspunkt zuzuleiten.

6. a) **Den drohenden Notstand in der ambulanten Pflege verhindern - aufsichtsrechtliche Möglichkeiten nutzen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - [Drs. 18/3649](#)

b) **Ambulante Pflege sichern - Tarifvertrag Soziales zügig realisieren**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/3663](#)

Der Ausschuss bat die Landesregierung für eine der nächsten Sitzungen um eine Unterrichtung über den aktuellen Sachstand und nahm in Aussicht, eine mündliche Anhörung zu den Anträgen durchzuführen.

7. **Rechte der Beschäftigten schützen: Begrenzung auf vier verkaufsoffene Sonntage - ohne Ausnahme!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/3661](#)

Der Ausschuss stellte die Beratung des Antrags im Hinblick auf weitere interne Beratungen der Fraktion der Grünen zu dem Antrag zurück.

8. **Menschenwürde bewahren - Frauen vor Gefahren in sogenannten Lovemobilen schützen**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/3264](#)

Der Ausschuss stellte die abschließende Beratung des Antrags zurück, um zunächst das Ergebnis der von der Landesregierung eingesetzten Arbeitsgruppe abzuwarten.

9. **Informationsreise des Ausschusses vom 27. Mai bis 1. Juni 2019 nach Island und Estland**

Der Ausschuss besprach das Programm für die Informationsreise nach Island und Estland.

Nicht öffentlicher Sitzungsteil

10. **Eingaben**

Der Ausschuss behandelte eine Eingabe. Er kam überein, dem federführenden Petitionsausschuss das Votum vorzuschlagen, die Einsenderin der Eingabe über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten und darüber hinaus die Eingabe der Landesregierung als Material zu überweisen, und dem Petitionsausschuss als Stellungnahme einen Auszug aus der Niederschrift zu diesem Tagesordnungspunkt zuzuleiten.